

Ab 1. Januar gilt „Rente erst ab 67“:

# Renten- Räuber schlagen zu

„Wer hat's erfunden?“ SPD und Union haben 2007 gemeinsam mit FDP und Grünen die „Rente erst ab 67“ im Bundestag beschlossen.

Als einzige Partei kämpfte DIE LINKE gemeinsam mit Gewerkschaften dagegen. Noch im Dezember 2011 haben Union, SPD, Grüne und FDP den Antrag der LINKEN abgelehnt, die Einführung der Rente erst ab 67 zu stoppen. Von den 64jährigen, also jenen, die

2012 einen Monat später Rente bekommen werden, sind derzeit nicht einmal zehn Prozent in einer versicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung. Für über 90 Prozent der Betroffenen wird also in diesem Jahr die Rente schlicht um einen Monat gekürzt, was zudem für viele mit lebenslangem Rentenabschlag verbunden ist.

Jetzt tun führende Unions- und SPD-Politiker wie Seehofer und Nahles so, als hätten sie damit

nichts zu tun. Altersarmut wird durch das Rentenkürzungsgesetz zunehmen. Und das bedeutet: Weil Du arm bist, musst Du früher sterben.

**Was bedeutet das für Neukölln? Lesen Sie den Bericht auf Seite 8**



20.000 Menschen blockierten im vergangenen Jahr erfolgreich den Nazi-Aufmarsch in Dresden.

## Nazis stoppen – in Dresden, Neukölln und überall

**Das Bündnis Neukölln: Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt unterstützt Bündnis „Dresden-Nazifrei!“**

In einem Aufruf an die Neuköllner/-innen ruft das Bündnis Neukölln dazu auf, sich an den Aktionen am 18. Februar in Dresden zu beteiligen. Nationalsozialistische „Freie Kameradschaften“, die NPD und andere Neonaziorganisationen wollen wieder versuchen, in Dresden aufzumarschieren. Anlass ist der Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Februar 1945. Deshalb haben sich Organisationen und Initiativen, Gewerkschaften, Parteien, Gemeinden, Künstler und Künstlerinnen sowie verschiedenen Aktionsgruppen unter dem Motto „Nazifrei! Dresden stellt sich quer!“ vernetzt, um den Neonaziaufmarsch zu blockieren. Ziel des Bündnisses „Dresden-Nazifrei!“ ist es, ein deutliches Zeichen gegen Neonazis und ihre menschenverachtende Ideologie zu setzen. Insbesondere die Mordserie der in Sachsen unterge-

tauchten Neonazis mache einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, den Neonazis entschlossen und solidarisch entgegenzutreten. „Staatliche Behörden und Politik sollten den zivilen Ungehorsam gegen die Neonazis als Verteidigung der Demokratie anerkennen und unterstützen, statt die engagierten Bürger/-innen mit Ermittlungen zu überziehen“, erklärt das Neuköllner Bündnis. Sie dürften den antifaschistischen Protest nicht behindern.

*DIE LINKE.Berlin beteiligt sich mit Bussen an der Fahrt nach Dresden am 18. Februar 2012. Karten, Plakate und Handzettel sind demnächst im Karl-Liebknecht-Haus und bei der LINKEN in Neukölln am Richardplatz 16 erhältlich. Hier trifft sich auch die AG Antifaschismus/Antirassismus am Dienstag, dem 17. Januar, um 18 Uhr.*

**Ausführliche Beiträge „Auch 2012 - Nazis stoppen“ lesen Sie auf Seite 3**



Von Anfang an: Protestaktion 2007 von LINKEN und Gewerkschaften gegen „Rente erst ab 67“.

## Gysi: 2012 muss ein Jahr der Lohn-, Renten- und Sozialoffensive werden

„Arbeit muss in unserem Land endlich wieder den Wert bekommen, den sie verdient“, unterstützt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, aktuelle Forderungen des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. „Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft.“ Gysi weiter: „Die Wirtschaftsinstitute sehen Deutschland im nächsten Jahr am Rande der Rezession. Es braucht nur etwas Unvorhergesehenes zu passieren, dann sind wir mit-tendrin. Das einzige Gegenmittel ist eine Ankurbelung der Binnenkaufkraft. Deshalb müssen wir 2012 eine Lohn-, Renten- und Sozialoffensive in Deutschland und Europa starten. Ich setze darauf, dass die Gewerkschaften auch und gerade in Deutschland ihre Zurückhaltung aufgeben. Es

reicht ja nicht, Abwehrkämpfe zu führen, wir brauchen endlich einen nachhaltigen Anstieg der Reallöhne und -renten. Wir haben in unserer Gesellschaft eine Gerechtigkeitslücke, die sich immer mehr vergrößert. Wenn die obersten zehn Prozent drei Billionen Euro Vermögen haben, 60 Prozent der Bevölkerung aber gar nichts oder fast nichts, zerstört das nicht nur den Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern gefährdet auch die Demokratie. Wenn in unserem wohlhabenden Land Arme deutlich früher sterben als Reiche, dann läuft etwas grundlegend schief. Im Niedriglohnsektor arbeiten über 22 Prozent der Beschäftigten bei uns. Die können jetzt kaum von ihrer Arbeit leben und laufen in eine riesengroße Falle der Altersarmut. Wir müssen hier endlich mit Mindestlohn und Mindestrente gegensteuern.“

## Ruppiger Umgang bei Einwohnerfragestunde



Vignette: Franz Zauleck

**Jetzt ist das Bezirksamt komplett. Löcher im Haushalt und ruppiger Umgang mit Bürgern sind Eindrücke von der Dezember-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln.**

Bernd Szczepanski von „Bündnis'90/Die Grünen“ wurde zum Sozialstadtrat gewählt, nachdem die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU zweimal den Vorschlag der Grünen abgelehnt hatten.

Millionenlöcher im Haushalt bringen z.B. die Schulstationen in Gefahr (siehe unseren Beitrag unten).

Während der BVV-Sitzung konnten Beobachter den Eindruck gewinnen, dass Bürger mit ihren Anliegen dem Bezirksamt lästig sind. Während der „Einwohnerfragestunde“ wurden 13 Bürgeranfragen gestellt. Der Versuch, die vorgesehene Zeit von 30 Minuten zu verlängern, wurde von den großen Fraktionen nicht aufgegriffen und an den Geschäftsordnungsausschuss verwiesen. Fragestellern wurde in einem ausgesprochen ruppigen Ton gesagt, dass sie sich kurz fassen und nur die Fragen verlesen sollten. Alle mündlich vorgetragen Anliegen wurden abschlägig beschieden. Besonders negativ fiel die Antwort auf die Frage nach spekulativem Leerstand in einem Haus in der Weisestraße auf. Dem Bezirksamt scheint das Wohnungsproblem nicht ausreichend wichtig zu sein, um im Mieterinteresse etwas unternehmen zu wollen.

Weitere Informationen: [www.die-linke-neukoelln.de/linksfraktion](http://www.die-linke-neukoelln.de/linksfraktion)



### S-Bahner machen mobil

Die erste Stufe auf dem Weg zu einem Volksentscheid über die Zukunft der Berliner S-Bahn war erfolgreich.

Für das Volksbegehren „Rettet unsere S-Bahn“ wurden 31.870 Unterschriften gesammelt und an die zuständige Senatsverwaltung übergeben. DIE LINKE unterstützte das Volksbegehren.

Ein Aktionsausschuss der Belegschaft der Berliner S-Bahn hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen. Die Ausschreibung der S-Bahn soll „mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln“ verhindert werden. Die Gewerkschaften EVG und GDL wurden beauftragt, für Anfang Februar eine Demonstration vor dem Roten Rathaus vorzubereiten.

## Neuköllner Schulstationen sind in Gefahr

**Wegen des großen Haushaltsrisikos in den kommenden Jahren und der massiven bezirklichen Unterfinanzierung ist der Bestand der pädagogisch besonders wertvollen Neuköllner Schulstationen in Gefahr.**

Bisher ist bekannt, dass im Neuköllner Bezirkshaushalt 2012 ein Defizit von 9 Millionen und 2013 von 11,5 Millionen Euro steckt. Dieses Haushaltsloch zeigte schon erste Wirkung. Der „pädagogisch wenig hilfreiche“ private Wachschatz vor den Schulen wurde zum Jahreswechsel eingestellt. Aber auch der Erhalt von Schulstationen ist in Frage gestellt. Auf eine Große Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung vom 7. Dezember 2011 musste Schulstadträtin Dr. Giffey auf Nachfrage der LINKEN eingestehen, dass angesichts des zu erwartenden Haushaltsrisikos der Erhalt der Schulstationen in Neukölln weder für die Jahre 2012/13 noch für die Jahre 2014/15 zugesichert werden kann.

Nach Informationen der GEW Berlin laufen die Verträge mit den Beschäftigungsträgern der Schulstationen zum Ende des Schuljahres 2011/12 aus oder sind gekündigt. Hoffentlich gibt es bis dahin überhaupt einen rechtskräftigen Bezirkshaushalt, um die bestehenden Verträge zu verlängern oder neu abzuschließen. Sollte es keinen Bezirkshaushalt geben, würde Neukölln unter „vorläufiger Haushaltsführung“ stehen. Dann ist eine Verlängerung von bestehenden Verträgen stark erschwert und ein Neubeschluss fast unmöglich.

Der Erhalt und der Ausbau der Schulstationen ist aus pädagogischer Sicht dringend geboten. Wie kaum ein anderes Neuköllner Projekt ermöglichen Schulstationen die Förderung von Kindern aus sogenannten „bildungsfernen Elternhäusern“.

Wenn die Neuköllner Bezirksfinanzen in Zukunft knapper werden, sollte man den hehren Worten „dass gute Bildung der Schlüssel

zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe“ sei, Taten folgen lassen. Keinesfalls darf bei den wichtigen Schulstationen zu Lasten der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen gespart werden.

Wenn aber im Bezirkshaushalt von Neukölln für den Ausbau des Gutshofes Britz weiter ausreichend Geld zur Verfügung steht und sogar bis zu 900.000 Euro für den Bau eines Parkplatzes vorgesehen sind, müssen sich das Bezirksamt Neukölln und die Parteien der Zählgemeinschaft SPD und CDU zu Recht fragen lassen, ob dieses Geld nicht besser für den Erhalt der Schulstationen verwendet werden müsste.

Die LINKE Neukölln und die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln werden an der Seite der Schüler und Eltern, Lehrer und Sozialarbeiter stehen und gemeinsam mit den Betroffenen für den Erhalt der Schulstationen eintreten.

Thomas Licher



Foto: Jakob Huber

# Auch 2012 – Nazis stoppen!

Nazis entschlossen und ohne Angst entgegentreten. So konnten 2010 und 2011 die Nazi-Aufmärsche in Dresden verhindert werden.

## Dresden 2012 – Nazis erneut Niederlage bereiten

**Vom 13. bis 15. Februar 1945 bombardierten die Kampfverbände der Alliierten die Stadt Dresden.**

Der Angriff kostete knapp 25.000 Menschen das Leben. Dresden wurde zum Großteil zerstört. Seit Jahren nehmen Nazis dieses Geschehnis zum Vorwand, um im Februar in Dresden aufzumarschieren. Es wird von ihnen instrumentalisiert. Über die Kriegsschuld des Nazireichs, die Kriegsverbrechen und die Deportation und Vernichtung von Juden und

Andersdenkenden schweigen sie hingegen.

Die strategische Bedeutung dieses größten Naziaufmarsches Europas betonte der NPD-Vorsitzende Holger Apfel erst kürzlich beim Bundesparteitag der NPD.

Im Jahr 2010 und 2011 konnten die Aufmärsche der Nazis durch ein breites Bündnis antifaschistischer Gruppen, Parteien und der Zivilgesellschaft verhindert werden. 20.000 Menschen blockierten einen Marsch des braunen Mobs. Die Polizei versuchte die

Blockade durch hemmungslosen Einsatz von Pfefferspray und Verhaftungen erfolglos zu unterbinden. Es sind immer noch Strafverfahren anhängig. Gleichzeitig ist der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind. Die Verstrickungen des Staats mit der rechtsextremen Szene (siehe unten stehenden Artikel) sind skandalös und eine Verhöhnung für alle Opfer der Neonazis. Ein breites Bündnis ist daher im Februar 2012 umso wichtiger, damit Menschen den Nazis auch dieses Jahr ent-

schlossen und ohne Angst entgegentreten können.

**Nie wieder Faschismus!  
Nie wieder Krieg!**

DIE LINKE.Berlin beteiligt sich bereits mit vier Bussen an der Fahrt nach Dresden am 18. Februar 2012. Karten, Plakate und Handzettel sind demnächst im Karl-Liebknecht-Haus und im Büro der LINKE Neukölln am Richardplatz 16 erhältlich.

Vincent Streichhahn

## Gegen Faschismus und Rassismus politisch kämpfen

**Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) zieht Bilanz für das Jahr 2011: Es war ein Jahr voller rechter Gewalttaten gegen Menschen und Einrichtungen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen.**

Dank des skandalösen Verhaltens der Berliner Polizei konnten die Nazis außerdem mehrere öffentliche Aktionen durchführen. Zum Beispiel der nicht bekannt gegebene Nazi-Aufmarsch im Mai 2011, der dank des Engagements zahlreicher AntifaschistInnen dennoch verhindert werden konnte.

Solche Szenen sind aber kein regionales Problem. Bundes-, ja europaweit wird das Auftreten von Nazis immer aggressiver. So zum Beispiel das Attentat auf das Ferienlager von Jungsozialisten in Nor-

wegen im Juli des Jahres. In Berlin wurden mehrere linke Einrichtungen innerhalb einer Nacht zum Angriffsziel rechten Terrors. Allein auf das Anton-Schmaus-Haus wurden 2011 zwei Brandanschläge verübt, zuvor wurden auf rechten Internetforen die möglichen Anschlagziele bekanntgegeben, und dann hieß es „los“.

Dass dies alles nicht von „unzurechnungsfähigen Einzelpersonen“ verübt werden kann, sollte auch den Innenministern langsam klar werden. Spätestens seit der Aufdeckung der durch den „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ begangenen Morde ist nicht mehr bestreitbar, dass es realen Rechtsterrorismus in Deutschland gibt. Und das trotz des Unterwanderns rechter Organisationen und Gruppen von Staatsseiten. Trotz? Es ist

in der rechten Szene kein Geheimnis, dass man das Geld vom Verfassungsschutz gerne annimmt, dafür beliebige irrelevante Informationen liefert und mit der finanziellen Unterstützung z.B. NPD-Ortsgruppen aufbaut (hierbei verwischen sich dann auch die Grenzen zwischen Autonomen Nationalisten, NPD und Pro-Parteien).

Noch skandalöser sind die im Zusammenhang mit den NSU-Morden ans Licht gekommenen Tatsachen, dass V-Leute, also vom Staat bezahlte Nazis, nicht Staatsdiener, die in die Organisationen eingeschleust werden, direkt oder indirekt in rechte Gewalttaten verstrickt sind. Es überrascht hierbei nicht das Verhalten der Nazis, sondern das Wegsehen des Staates. Es ist auch sinnlos, dafür zu plädieren, die V-Leute aus der Szene ab-

zuziehen, denn es waren und bleiben Nazis. Die einzig konsequente Forderung ist die Forderung die DIE LINKE aufstellt: Die Auflösung des Verfassungsschutz selbst. Sinn und Unsinn seiner Existenz werden immer wieder deutlich.

Gegen Faschismus und Rassismus müssen wir politisch kämpfen. Den politischen Kampf mit den Nazis aufzunehmen bedeutet auch, ihnen dort entgegenzutreten, wo sie versuchen ihre Politik in die Öffentlichkeit zu tragen – auf der Straße. Deshalb wird DIE LINKE immer wieder gemeinsam mit anderen AntifaschistInnen die Nazis auf der Straße stoppen – ob in Berlin, Dortmund, Bielefeld, Bad Nenndorf oder in Dresden.

Marijam Sariaslani



**Jahresabschluss 2011 bei den Neuköllner LINKEN.** Zum Ausklang des ereignisreichen Jahres, nach erfolgreichem Volksbegehren zur Rettung der S-Bahn, Berliner Wahlkampf und Debatte zum Parteiprogramm setzten sich



Fotos: Knut Geipel

**Aktive im Zentrum am Richardplatz zusammen.** Als Gast kam Pablo Miro vorbei und sang Lieder aus Lateinamerika und eigene Kompositionen. Gemeinsam wurde das neue Lied „Wir sind die Macht“ geprobt.

## 12 Millionen Menschen sind armutsgefährdet

**Der Paritätische Gesamtverband hat kurz vor Weihnachten seinen Armutsbericht veröffentlicht. Rund 12 Millionen Menschen sind diesem Bericht zufolge armutsgefährdet.**

In Berlin, großen Teilen der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, aber auch in mehreren westdeutschen Städten und Kreisen liegt die Armutsquote bei über 25 Prozent der Bevölkerung. „In schonungsloser Offenheit zeigen die Zahlen nicht nur die in Deutschland seit Jahren herrschende soziale Kälte, sondern auch, dass selbst in Zeiten konjunktureller Höhenflüge die Spaltung zwischen Arm und Reich immer weiter geht,“ erklärt dazu LINKEN-Bundesarbeitsgemeinschaft-Hartz-IV-Sprecher Werner Schulten. Um das Auseinanderdriften der Gesellschaft zu stoppen,

müsse Hartz IV sofort abgeschafft und statt dessen ein sanktionsfreies soziales Sicherungssystem eingeführt werden. Die Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro könne nur ein erster Schritt sein. Immer mehr Menschen überlebten nur mit Hilfe der Tafeln und ähnlicher Einrichtungen. Sinkende Erwerbslosenzahlen seien ausschließlich dem Abbau regulärer Arbeitsverhältnisse und dem massiven Ausbau des Niedriglohnssektors geschuldet. Schulten weiter: „Wir brauchen einen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro, der schnellstmöglich auf über 12 Euro erhöht werden muss, um die drohende massenhafte Altersarmut zu verhindern.“ Selbst bei einem Stundenlohn von 10 Euro erhalte man nach Auskunft der Bundesregierung nach 45 Erwerbsarbeitsjahren nur eine monatliche Rente von 684 Euro.

## Mitgliederentscheid: Programm der LINKEN beschlossen

Das auf dem Parteitag der LINKEN in Erfurt im Oktober beschlossene Parteiprogramm wurde in einem Mitgliederentscheid von rund 96 Prozent der teilnehmenden Genossinnen und Genossen bestätigt. Die Abstimmung fand zwischen dem 17. November und dem 15. Dezember 2011 statt. 34.160 Stimmen waren gültig. Mit „Ja“ für das neue Programm stimmten 32.728 Mitglieder. Das sind 95,81 Prozent. Mit „Nein“ zum neuen Parteiprogramm stimmten 668 Mitglieder. Das sind 1,96 Prozent. Es gab 764 Enthaltungen. Das sind 2,24 Prozent. Es wurden 34.199 Stimmen im Mitgliederentscheid abgegeben. Das entspricht einer Beteiligung von 48,86 Prozent der Mitglieder, denen Abstimmungsunterlagen zugestellt wurden.

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

**DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.**

**Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt.**

**Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, [franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de](mailto:franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de)) gerne zur Verfügung.**

## Termine: DIE LINKE.Neukölln

### Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

**Donnerstag, 19.1.2012, 19 Uhr**  
**Donnerstag, 2.2.2012, 19 Uhr**  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Hermannstraße

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29  
**Mittwoch, 25.1.2012, 19 Uhr**  
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

### BO Reuterkiert

**Dienstag, 10.1.2012, 19 Uhr**  
Treffen der Basisorganisation  
Allmende, Kottbusser Damm 25/26

### BO Rixdorf

**Donnerstag, 12.1.2012, 19 Uhr**  
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf.  
DIE LINKE, Richardplatz 16  
**Donnerstag, 26.1.2012, 19 Uhr**  
Versammlung der Basisorganisation Rixdorf.  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Süd

**Dienstag, 10.1.2012, 18 Uhr**  
Treffen der Basisorganisation Süd im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Lipschitzplatz (U7 Lipschitzallee)  
**Dienstag, 17.1.2012, 18 Uhr,**  
Info-Aktion, Treffen am Bat-Yam-Platz  
**Dienstag, 24.1.2012, 18 Uhr,**  
Info-Aktion, Treffen am Bat-Yam-Platz

### AG Antifaschismus/ Antirassismus

**Dienstag, 17.1.2012, 18 Uhr**  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Hartz IV

**Mittwoch, 11.1.2012, 17.30 Uhr**  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### Kostenlose Hartz-IV-Beratung

**Mittwoch, 11.1.2012, 14 bis 16 Uhr**  
**Mittwoch, 25.1.2012, 14 bis 16 Uhr**  
(siehe auch Information auf dieser Seite)  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### Öffnungszeiten unseres

**Ladenlokals am Richardplatz**  
montags und dienstags 10 bis 18.30 Uhr, mittwochs 16 bis 18.30 Uhr und donnerstags 14 bis 18.30 Uhr.

### BVV-Fraktion DIE LINKE

**Neujahrsempfang**  
**Montag, 9.1.2012, 17.30 Uhr**  
im Rathaus Neukölln,  
Raum der LINKEN (A307)  
**Fraktions Sitzungen (öffentlich)**  
**Montag, 16.1.2012, 17.30 Uhr,**  
**Montag, 23.1.2012, 17.30 Uhr,**  
Rathaus Neukölln, Raum A307.  
**Januar-Sitzung der BVV**  
**Mittwoch, 25.1.2012 um 17 Uhr,**  
Sitzungssaal des Rathauses.

### Erwerbsloseninitiative Neukölln

**Dienstag, 17.1.2012, 11 bis 14 Uhr**  
Erwerbslosenfrühstück  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Weitere Termine im Internet:**  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)



Fotos: Marlis Fuhrmann

Geschlossen. Vor Ort bleiben manchmal Paket-Container, immer jedoch betroffene Kunden. Wie hier am Lipschitzplatz.

### Immer mehr Postfilialen schließen. Die Wege werden weiter, der Service schlechter.

Wir erinnern uns: Mitte der 90er Jahre wurde die Deutsche Post privatisiert und in die Briefpost samt dem als DHL firmierenden Paketdienst sowie in die Telekom und die Postbank zerlegt. Galt die Briefpost von vornherein als unrentabel, sollte der Paketdienst über einen steuerbegünstigten Firmensitz auf den Cayman-Inseln Gewinn bringen. Die Telekom stand bereits zum Börsengang wegen überbewerteter Immobilien im Verdacht der Bilanzfälschung. Ihre heftig beworbene Volksaktie brachte kleine Anleger um ihr Ersparnis. Dann wurde das

Privatkundengeschäft der Postbank von der Deutschen Bank einverleibt, die im Gegenzug den Filialbetrieb der gelben Post ermöglichen sollte.

2007 begann auch die Post AG DHL ihre Gebäude und Grundstücke zu verkaufen. Inzwischen sind die meisten Neuköllner Postämter aufgelöst. Die große, das Stadtbild prägende alte Post in der Karl-Marx-Straße steht bereits seit Jahren leer. Weitere Filialen wurden geschlossen wie Britzer Damm/Ecke Tempelhofer Weg, Hermannstraße/Glasower Straße und Grenzallee/Sonnenallee. Am Lipschitzplatz in der Gropiusstadt sowie Hermannstraße/Werbellinstraße war Ende 2011 Schluß. Vor Ort verbleiben manchmal Paket-Container, immer jedoch betroffene Kunden.

Was heute noch wie eine Postfiliale aussieht, ist zumeist ein von der Deutschen Bank betriebenes sogenanntes Finanzcenter. Entsprechend offensiv werden eigene Bankdienstleistungen beworben. Die Post AG gibt nur den Untermieter. Dabei besteht die Tendenz, sich mit einem Finanzcenter in Einkaufszentren (z. B. Neukölln Arcaden) oder Kaufhäusern (Karstadt Hermannplatz) einzumieten. Wenn es sich nicht rentiert, läßt

man es von einem Standort zum anderen vagabundieren. Eine verhandlungsbedingte Ausnahme bildet der



Lang ist die Liste der geschlossenen Postämter in Neukölln. Seit Ende 2011 gibt es an der Hermannstraße/Werbellinstraße keine Post mehr.



Die große Ausnahme: Ersatzbau für das zugunsten eines Supermarkts abgerissene Postamt Britz-Süd.

Ersatzbau für ein - zugunsten eines Supermarktes samt Parkhaus - abgerissenes Postamt in Britz-Süd.

### Die Neuköllner LINKE sieht durch die bisherige Ausdünnung der Standorte den Versorgungsauftrag der Post gefährdet und tritt für ein wohnungsnahes Angebot ein.

In den Gropiuspassagen war wohl die Miete zu hoch, denn hier reichte es nur zu einer Notversorgung durch eine Postagentur. Sie besteht aus einem oder zwei Schaltern mit Minimalangebot, die nebenbei von einem Zeitungsladen o. ä. betrieben wird. Es gibt sie nun auch im

Kindl-Boulevard und in einem Supermarkt am Lipschitzplatz. In der Nachkriegszeit soll es auf dem Lande ähnlich gewesen sein.

Öffentliche Postämter müssen umfassende Postdienstleistungen garantieren und zugleich verlässliche Orientierungspunkte in den Kiezen bilden. Die Neuköllner LINKE sieht durch die bisherige Ausdünnung der Standorte den Versorgungsauftrag gefährdet und tritt für ein wohnungsnahes Angebot ein. Der Warnstreik der Mitarbeiter bei Post AG und Postbank gegen die massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat unsere Solidarität.

Marlis Fuhrmann

# Afghanistan –

## Truppenabzug jetzt und nicht erst 2014!

**Der Truppenrückzug aus Afghanistan ist nicht die Lösung der Probleme, aber er ist die notwendige Voraussetzung für eine politische Lösung. Deshalb: Truppen raus jetzt und nicht erst 2014! Trotzdem will die Bundesregierung am 26. Januar vom Bundestag den Einsatz der Bundeswehr verlängern lassen.**

Das nun vorliegende Mandat für die Kriegsverlängerung bis Anfang 2013 sieht eine winzig kleine Reduzierung des Bundeswehrkontingents um gerade einmal 100 Soldaten vor, bemerkt der Bundesausschuss Friedensratschlag. Laut Antrag der Bundesregierung werden im kommenden Jahr „bis zu 4.900 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt“. Derzeit sind es noch 5.000 Soldaten. Optional wird in der Begründung des Antrags eine weitere Verkleinerung des Kontingents auf 4.400 Soldaten als Ziel genannt, allerdings nur, „soweit die Lage dies erlaubt“. Der Abzug der 100 Soldaten soll durch „Auskämmen“ erfolgen, d.h. ohne Substanz- bzw. Kampfkraftverlust. Außerdem ist die Bundesregierung bestrebt, im zweiten Halbjahr 2012 vier fabrikneue Kampfhubschrauber TIGER einsetzen zu wollen. Dies würde die Kampfkraft erheblich steigern. Mit anderen Worten: Der Krieg in Afghanistan wird mit verstärkten Mitteln fortgesetzt. Eine Ausstiegsperspektive ist nicht in Sicht. Der vorliegende Antrag ist eine Mogelpackung und dient lediglich der Beruhigung der Bevölkerung, die den Kriegeinsatz nach wie vor mehrheitlich ablehnt.

Die Friedensbewegung antwortet auf die neuerliche Kriegsfortsetzung mit ihrer alten, aber nach wie vor aktuellen Forderung: Sofortiger, bedingungsloser und vollständiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Erst ohne Militär kann zivile Hilfe, die ebenfalls von allen Parteien versprochen wird, in größerem Umfang in Afghanistan geleistet werden. Ziviler Aufbau im Krieg ist eine Unmöglichkeit.

*Am 26. Januar wird die Friedensbewegung unter anderem mit einer Aktion am Brandenburger Tor gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan protestieren.*



Foto: Gabriele Sanft, Fiko Berlin

# Gegen die Strategie des Tötens

**Wortmeldung aus christlicher Sicht. Heinz Josef Algermissen, Präsident der katholischen Friedensbewegung pax christi Deutschland und Bischof von Fulda im Dezember 2011:**

In Afghanistan und auch jenseits der Grenze zu Pakistan sind Luftangriffe mit Drohnen inzwischen tägliche Realität. Direkte willkürliche Tötungen und Einsätze über große Distanzen machen für den Angreifer eine für ihn risikoarme Kriegsführung möglich, die darüber hinaus noch als zielgenau gilt. Der so genannte Kollateralschaden ist und bleibt jedoch Realität auch dieser Kriegsführung.

Eine Sicherheitsstrategie, die verdächtige Personen tötet, statt sie der Justiz zu überstellen, wird immer mehr zur Normalität. Bekannt geworden sind vor allem die von US-Präsident Barack Obama und seinen engsten Mitarbeitern im vergangenen Mai live mitverfolgte Tötung von Osama bin Laden sowie die gezielte Tötung des US-Bürgers Anwar al-Awlaki im September im Jemen. Der größte Teil der Einsätze richtet sich im militärisch wenig

aussichtsreichen Kampf gegen die so genannten Taliban auf niedriger Hierarchieebene.

Der internationale Militäreinsatz in Afghanistan bekennt sich spätestens seit der Londoner Sicherheitskonferenz 2010 offen zu dieser „Shoot-and-Kill“-Strategie. Dies bedeutet, dass die als Aufständischer identifizierte Person oder die entsprechende Personengruppe direkt getötet („targeted killing“), statt angeklagt oder gefangen genommen werden. An die Stelle militärischer Fronteinsätze treten Methoden verdeckter Kriegsführung.

Dieser dramatische Paradigmenwechsel in Selbstverständnis und Strategie von Militär hin zu einer Art ständigen Intervention, stellt eine neue Phase der Anwendung kriegerischer Gewalt dar. Diese Art der Gewalt ist unvereinbar mit den Regeln des Kriegsrechts und bedeutet schwere Menschenrechtsverletzungen. Auch ein Terror-Verdächtiger hat unveräußerliche Menschenrechte. Wenn eine Aktion der Aufständischen nicht mehr die Festnahme, sondern die Tötung des Gegners zum Ziel hat, bricht internationales Recht.

Der jahrelange Krieg in Afghanistan hat zu einer gefährlichen Eigendynamik des Wirkens von militärischen Sondereinheiten und von unkonventionellen Methoden militärischen Gewalteinsatzes geführt. Die Aufwertung und Sonderstellung von Streitkräften bei der militärischen Aufständischenbekämpfung und ihre Vermischung mit polizeilichen und geheimdienstlichen Strukturen ist fatal, weil sie menschenrechtliche Standards aufweicht. Dies ist insbesondere bei der unerträglichen Rehabilitation der Folter und bei Aktionen der Fall, die extralegale Tötungen darstellen oder diesen gleichkommen.

Drohnen wurden bislang hauptsächlich von den USA, Großbritannien und Israel eingesetzt. Die Bundeswehr will nun eine in Gemeinschaftsproduktion der Düsseldorfer Rheinmetall und dem israelischen Drohnenhersteller IAI entwickelte Drohne im Afghanistankrieg einsetzen. Die Heron/Eitan-Drohne kann nicht nur aufklären, sondern auch eine erhebliche Nutzlast an Raketen mitführen. pax christi sieht in diesem Vorhaben ei-

nen Schritt hin zu einer weiteren Aufweichung menschenrechtlicher Normen, die auch im Krieg und bei der Aufständischenbekämpfung gelten.

pax christi fordert die Bundesregierung zum Tag der Menschenrechte auf, sich der Strategie des gezielten Tötens als Mittel der Aufständischenbekämpfung und Kriegsführung zu widersetzen. Jede Beteiligung der Bundeswehr daran, auch durch Informationsweitergabe, Zielbestimmung, etc., ist sofort zu beenden. Internationale Friedenspolitik muss immer eine Stärkung der Menschenrechte zum Ziel haben.

pax christi als internationale katholische Friedensbewegung betont die uneingeschränkte Geltung der allgemeinen Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Es sind dies Rechte, die jedem Menschen zustehen, weil er Mensch ist. „Die Menschenrechte sind deshalb vorstaatliche Rechte; sie werden nicht vom Staat gewährt, sondern binden und verpflichten ihn“ (Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom 27.9.2000, Nr. 72).



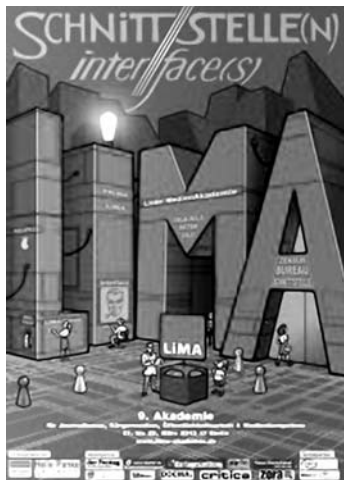
Seit 1987 besteht die Gedenkstätte für Rosa Luxemburg am Landwehrkanal im Tiergarten.

Foto: KDH

## Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, was Linke verbindet

Vor 93 Jahren wurden am 15. Januar 1918 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorpsoldaten ermordet. Mit diesen politischen Morden ihrer wichtigsten Persönlichkeiten sollte die Novemberrevolution in Deutschland gebrochen werden. Die Beisetzung der Revolutionäre auf dem Friedhof in Friedrichsfelde wurde zugleich eine unübersehbar große Massendemonstration der Berliner Arbeiterbewegung. In diesem Jahr ruft der Parteivorstand der LINKEN zum stillen Gedenken ab 9 Uhr am Mahnmahl in Friedrichsfelde

auf. Um 10 Uhr beginnt die traditionelle Luxemburg-Liebknecht-Demonstration linker Gruppen am Frankfurter Tor. Blumen an den Gedenkstätten für Luxemburg und Liebknecht im Tiergarten werden von der Friedensbewegung am frühen Abend niedergelegt. Treffpunkt ist um 18 Uhr am Olof-Palme-Platz (Elefantentor). Bereits um 15 Uhr beginnt die Veranstaltung „GegenBANKENmacht!“ Europäischer Kulturtreff und Fest der Musik der Europäischen Linkspartei in der Volksbühne am Luxemburgplatz.



Gerhard Seyfried hat das Ankündigungsplakat für die LiMA gestaltet.

## Medienkompetenz erarbeiten

**Die Linke Medienakademie LiMA geht im März in die 9. Runde.**

In turbulenten Zeiten der Digitalisierung und Multi-Kommunikation lotet die 9. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz vom 21. bis 25. März 2012 in Berlin unter dem Motto „Schnittstelle(n) // interface(s)“ die Schnittstellen zwischen klassischen und neuen Medien aus. Erstmals findet der größte links-alternative Medienkongress in den Räumlichkeiten der Technischen Universi-

tät sowie der Universität der Künste statt. Das LiMAteam hat das vorläufige Programm für die LiMA 2012 zusammengestellt. Über 170 LiMAwerkstätten erwarten die Teilnehmer. Von der Erstellung eines eigenen Blogs bis zum Zeitungslayout ist für alle Interessierten etwas dabei. „Neben dem fachlichen Input wird auch die Möglichkeit zum abendlichen Networking geschätzt“, erläutert Christoph Nitz das Konzept.

Die Kursangebote werden in drei Schwierigkeitsstufen gegliedert: „Basis“, „Aufbau“ und „Pro“. Die

Akademie bietet so maßgeschneidert Weiterbildung sowohl für Menschen, die ein Internetangebot oder ein Printprojekt auf den Weg bringen wollen als auch für „alte Hasen“, die seit Jahren in der kritischen Medienarbeit tätig sind.

Podien, Ausstellungen, Lesungen und Diskussionen im Rahmen der LiMAarena werden gegenwärtig vorbereitet.

Bis Ende Januar können die LiMA-Tickets zum Frühbuchertarif ermäßigt gebucht werden: [www.lima12.de](http://www.lima12.de)

## DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:  
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

**Nimm Kontakt zu uns auf:**

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
[ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
[irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:  
**DIE LINKE.Neukölln**, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon:.....

## Neu-Köllnisch

JANUAR 2012

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,  
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 030-6135919

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,  
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,  
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 5.1.2012

Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 24.1.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

## Streik bei CFM erfolgreich

Nach monatelangem Streik haben die Beschäftigten der Charité Facility Management einen großen Teil ihrer berechtigten Forderungen durchgesetzt.

Ihr Erfolg geht weit über ihr Unternehmen hinaus, weil er zeigt, dass der Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen erfolgreich sein kann. Gemäß des verhandelten Ergebnisses sollen alle geringer bezahlten Beschäftigten vom 1. Mai 2012 an einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde erhalten. Mit der Gehaltsabrechnung für den Monat Januar 2012 soll ein Einmalbetrag von 300 Euro ausgezahlt werden. Außerdem sollen im Januar Verhandlungen über einen Mantelvertrag bei CFM beginnen.

„Rente erst ab 67“:

# „Sozialpolitik mit dem Hackebeil“



Am 1. Januar begann die Umsetzung der „Rente erst ab 67“.

In den kommenden Jahren steigen die zusätzlichen Abschläge auf bis zu 7,2 Prozent. Bereits heute geht

knapp die Hälfte aller Neurentnerinnen und -rentner mit durchschnittlich um 113 Euro durch Abschläge gekürzten Renten in die Altersrente. Von den Menschen, die von Erwerbsminderung betroffen sind, müssen heute bereits 96 Prozent aller Neuzugänge Rentenkürzungen durch Abschläge verkraften.

Langjährig versicherte, geringverdienende Männer (jene, mit mindestens 35 Versicherungsjahren, die weniger als drei Viertel des Durchschnittseinkommens bezogen) sind im Jahr 2010 früher gestorben als noch 2001 und zwar um rund einhalb bis zwei Jahre. Starben Personen dieser „Gruppe“ 2001 noch durchschnittlich im Alter von 77,5 Jahren wurden sie 2010 im Durchschnitt nicht mal mehr 76 bzw. 75,5 Jahre alt. Sollte sich dieser Trend bis 2030 fortsetzen und gleichzeitig

das Renteneintrittsalter bis 2030 um zwei Jahre angehoben werden, würde die Rentenbezugsdauer dieser Menschen um fünf Jahre sinken. Umgekehrt lebten Männer mit hohem Einkommen 2010 rund anderthalb Jahre länger als 2001.

„Die Lebenserwartung von Geringverdienern hat sich in den vergangenen zehn Jahren um zwei Jahre, im Osten sogar um fast vier Jahre, verringert.“

Dazu der rentenpolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag Matthias Birkwald: „Gerade für Geringverdiener wird die regierungsoffizielle Begründung für die angebliche Notwendigkeit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters zum blanken Hohn. Denn ihre Lebenserwartung hat sich in den vergangenen zehn Jahren nicht etwa erhöht, sondern um zwei Jahre, im Osten sogar um fast vier Jahre verringert. Das ist ein sozialpolitischer GAU, den Union, SPD, FDP und Grüne zu verantworten haben. De facto wird die Rentenzahlung für diese Menschen mit der Rente erst ab 67 um bis zu sechs Jahre verkürzt. Das ist Sozialpolitik mit dem Hackebeil.“

Aus dem Berliner Gesundheitsbericht 2010/11, den der Senat im November vorlegte, geht hervor,

dass es in Bezirken mit ungünstigen sozialen Bedingungen auch die niedrigste Lebenserwartung gibt. Die höchste Lebenserwartung haben Frauen aus Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf, die niedrigste Frauen und Männer aus Friedrichshain-Kreuzberg, gefolgt von Neukölln und Mitte.

## Wer arm ist, muss früher sterben.

Das belegen die Zahlen von Bundesregierung und Senat. In Neukölln, besonders im Norden, leben viele arme Familien mit ihren Kindern und Rentner. Geringverdiener sind arm. Hartz-IV-Betroffene sind arm. Rentner mit gekürzten Renten werden arm. Die Tatsachen sind bekannt und durch viele Studien belegt. Aber das hilft den Betroffenen wenig. Notwendig ist ein Politikwechsel: Rücknahme der „Rente erst ab 67“. Schluss mit Armut per Gesetz durch Hartz-IV. Gesetzlicher Mindestlohn von dem man leben kann, auch später – möglichst lange – von der Rente. Und zwar auch in Neukölln. Dafür kämpft DIE LINKE. Das sind gute Gründe, mit der LINKEN zu kämpfen. KDH

## Unsere Schulden – ihr Vermögen



Alle reden von der Schuldenkrise. Aber fast niemand von ihrer Kehrseite: Wo Schuldner sind, müssen Gläubiger sein.

Wenn jemand Ersparnisse oder Vermögen anlegen will, müssen andere bereit sein, sich zu verschulden. Und wo viel Vermögen Anlage sucht, haben andere hohe Schulden: der Staat, private Investoren oder das Ausland.

Medienwirksam wird die „Schuldenuhr“ präsentiert. Ehrfürchtig sollen wir vor den ratternden Staatschulden stehen und einsehen, dass Kürzen alternativlos ist – beim Sozialstaat, bei der Rente, bei Erwerbslosen, bei der Infrastruktur... Zwischenzeitlich installierte Vermögensuhren zeigen, dass das private Vermögen viel schneller wächst.

Und es konzentriert sich immer stärker. Das Nachsehen hat nicht zuletzt der Staat.

In Deutschland sind die öffentlichen Schulden in den letzten zehn Jahren um 800 Milliarden Euro gestiegen; die privaten Nettovermögen gleichzeitig um mehr als 1.100 Milliarden Euro. Diese Entwicklung läuft in ganz Europa: Nicht einmal ein Prozent der Europäer besitzt heute ein Geldvermögen in Höhe von zehn Billionen Dollar. Das ist mehr als das Doppelte aller Staatschulden der fünf Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Um der Schulden Herr zu werden sind europaweit hohe Abgaben auf große Vermögen nötig. Zur Lösung der Eurokrise und für ein soziales Europa!

verdi-wipo